Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.10 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.72 Mk., monatlich 1.24 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonst 90 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 47 — Mittwoch, den 26. Februar 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In den Vollsitzungen der Nationalversammlung wird voraussichtlich am Sonnabend die erwartete Pause eintreten.

•

Die Polizei in Newyork hat vierzehn Spartakisten wegen einer Verschwörung gegen Wilson verhaftet. Nach Erklärung der Polizei waren Bolschewisten bei dem Anschlag beteiligt.

•

Nach Berichten aus Frankfurt a. M. sollen neuerdings vierhundert Franzosen aus dem Besatzungsgebiet wegen Bildung von Soldatenräten zwangsweise abtransportiert worden sein.

•

Das spanische Kabinett ist zurückgetreten. Graf Romanones ist aus der Regierung ausgetreten.

•

Wie sich jetzt herausstellt, lassen sich die Unruhen in Mannheim auf verfehlte Anordnungen des Marschalls Foch zurückführen und zwar auf die Abschiebung von 1000 Einwohnern der neutralen Zone und auf die Unterbindung der Braunkohleneinfuhr.

•

Die Waffenstillstandskommission richtete eine neue Note an Frankreich wegen des Schicksals der Kriegsgefangenen.

•

Wilson hat die Gesetzesvorlage, durch welche den Kriegsgewinnlern eine Steuer von sechs Milliarden auferlegt wird, unterzeichnet.

Die Münchner Vorgänge.

München, 25. Februar. Der Spartakusbund hat sich unter Vorsitz Dr. Levtens als selbstständige Regierung Bayerns konstituiert. Aufrufe des Spartakusbundes fordern das Proletariat zur Festnahme der Mitglieder der sozialistischen Koalitionsregierung auf. Die Kommunisten verfügen über etwa 1000 Bewaffnete.

Würzburg, 25. Februar. Die Generalkommandos des zweiten und dritten bayerischen Armeekorps haben die Soldatenräte für Mittwoch einberufen. Wie verlautet, soll ein Ultimatum an die Münchener Räteregierung abgehen, das die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Freiheiten, die Aufhebung der Bewaffnung von Zivilpersonen in München und die sofortige Wiedereinberufung des Landtages fordert.

P.L.H. Der Meuchelmord, dem Eisner zum Opfer fiel, hat aufs neue schlagend bewiesen, daß durch Terror und Attentate die Politik nicht geführt, sondern nur zu Katastrophen gebracht werden kann. Der reaktionäre Graf übrigens ein unreifer Bursche, hatte gemeint, in Eisner der verhaßten Revolution den Kopf abzuschlagen; er wollte also eine politische Tat vollbringen. Politische Taten sind nur nach ihren Ergebnissen, nach ihren Folgen zu beurteilen. Infolgedessen hätte dem fanatischen Mörder die kürzeste Ueberlegung zeigen müssen, daß sein Vorhaben niemandem, als seinen politischen Gegnern, den Unabhängigen und Spartakisten nützen würde.

Wer in München die Stimmung und Befürchtungen beobachtete, der wußte, wie gefährdet die Landtagseröffnung war. Man muß Kurt Eisner nachrühmen, daß er in letzter Zeit von allen Gewalttaten abriet, aber ebenso wahr ist es auch, daß er dauernd gegen den Landtag arbeitete. Obwohl die Wahlen bereits am 12. Januar stattgefunden hatten, wußte er den Zusammentritt immer wieder zu hintertreiben, bis endlich in seiner Abwesenheit — er war in Bern — der 21. Februar gewählt und dann auch von den stärksten Parteien durchgesetzt wurde. Aber noch sechs Tage vorher wußte kein Mensch, ob er würde zusammentreten können, denn inzwischen hatte Eisner gerade in der Garnison arbeiten lassen und die Stimmung, mit Gewalt den Landtag zu sprengen, war so bedrohlich gewachsen, daß ein Wink von Eisner genügt hätte, um seinen Zusammentritt zu verhindern. Die Mehrheitssozialisten erkannten die Lage klar, sie versuchten daher in letzter Stunde eine Volkswehr aufzustellen, um den Eisner-Truppen ein Gegengewicht bieten zu können. Die Eisner ergebenen Arbeiter- und Soldaten-Räte zerschlugen auch diese Absicht, der mißlungene Matrosenputsch vom 19. Februar, von dem bis heute noch nicht klar ist, wer ihn inszeniert hat — diskredierte die ehrlichen Bestrebungen Roßhaupters und anderer Sozialisten vollständig. So gab es keine andere organisierte Schutzmacht in München, als die fast vollständig auf Eisner eingeschworene Münchener Garnison, die es, nur widerwillig der Weisung Eisners folgend, übernahm, das Landtagsgebäude und den Lantag zu schützen. Am liebsten hätten die Truppen, die den Landtag schützen sollten, ihn selbst auseinandergesprengt. Das wußte jedes Kind in München, nur der Politiker, der Herr Graf, wußte das scheinbar nicht.

Die Kunde vom Mord löste bei der Landtagswache eine berechtigte glühende Empörung aus: Jetzt gehen wir hinauf und schießen alles nieder! lautete der Wut- und Racheschrei. So befand sich der Landtag in der geschlossenen Falle, umstellt von schwerbewaffneten Feinden, die ihm ans Leben wollten, obwohl ihre Aufgabe war, ihn zu schützen. Es dauerte immerhin noch eine gute Stunde, bis der Racheschwur von einigen Spartakisten in die Tat umgesetzt wurde, daß aber keiner im Hause seines Lebens sicher war, das wußte jeder Abgeordnete wie jeder Tribünenbesucher. Um 10 Uhr war Eisner ermordet worden, um 11 Uhr etwa erfolgte das Attentat auf Auer.

Eröffnung der sächsischen Volkskammer.

Gestern, Dienstag, nachmittag 3 Uhr trat die neugewählte Sächsische Volkskammer erstmalig zusammen. Der Haupteingang zum Ständehaus war mit Palmen und Blattpflanzen geschmückt. Der Sitzungssaal desgleichen. Rings an den Wänden standen Palmen. Das Rednerpult, der Tisch des Hauses und die Brüstungen um die Stenographenplätze prangten in mancherlei Rot von Alpenveilchen und anderen Blumen. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung waren die öffentlichen Tribünen voll besetzt, zum großen Teil von Angehörigen der Abgeordneten. Auffällig war, daß die Mehrheitssozialisten zuerst fast vollzählig im Saale erschienen und die Bänke der ganzen linken Hälfte besetzten. Den etwas später eintreffenden Unabhängigen schien, wie sich aus den bald einsetzenden Unterhaltungen ergab, diese Platzeinteilung nicht zu passen. Sie nahmen dann in der Mitte des Hauses Platz. Ihnen schlossen sich die Deutsch-Demokraten und diesen ganz rechts die Deutschnationalen an. Am Regierungstisch: Dr. Gradnauer, Nitzsche, Heldt, Schwarze, Buck, Dr. Harnisch und mehrere Regierungsräte. Während der Präsidententisch freibleibt, tritt kurz nach 3 Uhr

Minister Dr. Gradnauer

an den Rednerplatz, um eine programmatische Ansprache zu halten, in der er u. a. folgendes sagt: Meine Damen und Herren! In überaus schwerer Zeit tritt die erste Volkskammer des Freistaates Sachsen zum erstenmale zusammen. Die am 2. Februar gewählte sächsische Volkskammer bietet ein anderes Bild als der Landtag in der Zeit vor der Revolution. In der Zusammensetzung der Volkskammer spricht sich deutlich die Tatsache aus, daß Sachsen weit überwiegend ein Industrieland ist, vor allem auch ein Arbeiterland. Das sächsische Volk, wie das ganze deutsche Volk ist frei und gleichberechtigt geworden. Es hat sein Schicksal nun in eigene Hand genommen, darum trägt es aber auch allein alle Verantwortung für seine Zukunft. Die Zeit, in der die Volkskammer ihre Wirksamkeit aufnimmt, ist überaus schwer. Wir haben die furchtbaren Jahre des Weltkrieges erlebt, jetzt leiden wir nicht minder schwer unter den verheerenden Folgewirkungen dieses unheilvollen Krieges. Auch in dieser Stunde und an dieser Stelle erheben wir feierlich

Protest gegen die Rache- und Verzweiflungspolitik,

die sich in den Waffenstillstandsbedingungen ausdrückt und die darauf hinwirken, das tief darniederliegende deutsche Wirtschaftsleben völlig lahm zu legen und zu vernichten. Wir erheben auch aufs schärfste Protest gegen die fortdauernde Zurückhaltung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen und die Behandlung, die man ihnen zuteil werden läßt. (Lebhafter Beifall). Wir erheben weiterhin Protest gegen die Fortdauer der Blockade und dagegen, daß unter Begünstigung und Förderung durch die Entente die Polen deutsche Gebiete besetzen und deren Bevölkerung mit schwersten Unbilden belasten. Auch über unsere sächsische Südgrenze blicken wir mit tiefer Besorgnis auf das Schicksal der Deutschen in Böhmen. Wir begrüßen gerade hier in Sachsen mit besonderer Freude den Entschluß, daß das ganze Deutsch-Oesterreich seinen Anschluß an uns finden soll. Das ist ein Licht der Hoffnung in düsterer Zeit.

Kaum ein Gebiet leidet unter den Folgewirkungen des Krieges

so schwer wie unser Land Sachsen. (Sehr richtig.) Der Ernährungszustand ist während des Krieges noch ungünstiger als in den meisten anderen Reichsgebieten gewesen. Jetzt wird unsere Bevölkerung von den schwersten Entbehrungen heimgesucht. Wenn nicht endlich sichergestellt wird, daß große Mengen Lebensmittel über den Ozean zu uns gelangen, dann gehen wir verzweifelten Zeiten entgegen. Zu dem Ernährungselend kommt die Notlage unserer Industrie. Unsere einst blühende Exportindustrie ist gelähmt. Unser industrielles Leben steht nahe vor dem völligen Verfall, vor dem Untergang. Wenn die Volkskammer in einer solchen Lage sich versammelt, so zweifle ich nicht, daß es ihr als oberstes Gebot der Stunde erscheinen wird, dahin zu wirken, daß zunächst einmal in unserem Lande geordnete Zustände geschaffen werden müssen (Sehr richtig).

Schwere Krankheitserscheinungen physischer und psychischer Art suchen unser Volk heim. Bald in diesem, bald in jenem Gebiete des Reiches machen sich spartakistische Bewegungen geltend. Von Sorge um unser armes Volk bewegt richte ich den Appell an die werktätige Bevölkerung Sachsens, die Aussichtslosigkeit solcher Bestrebungen anzuerkennen, die nimmermehr zum Sozialismus, nimmermehr zur Sicherung der Demokratie und zum Glück der Arbeiter führen, sondern nur zum Untergang der letzten Güter, die wir noch haben.

Die Volkskammer findet eine reiche Fülle von Arbeit vor sich. Die erste Arbeit, deren Durchführung für alle weiteren die Voraussetzung bildet, ist die

Beratung und Verabschiedung einer vorläufigen Verfassung.

Schon jetzt will ich im Namen des Gesamtministeriums, das aus der Revolution hervorging, die Erklärung abgeben, daß wir ohne Verzug unsere Aemter der Volkskammer zur Verfügung stellen werden. Sobald die vorläufige Verfassung verabschiedet sein wird, soll auf Grund der darin festgelegten Bestimmungen eine neue Regierung gemäß dem Willen der Volkskammer eingesetzt werden. Nach der Verabschiedung der Verfassung dürfte die Kammer sich in erster Linie mit der finanziellen Lage des Landes beschäftigen müssen. Die unvermeidlichen Steuern werden unterbreitet werden. Eine Erhöhung der Einkommensteuer, Grund- und Ergänzungssteuer werde sich nicht vermeiden lassen, aber sie werde nach sozialen Rücksichten geschehen. Den Wünschen der Beamten werde die Regierung auch weiterhin entgegenkommen. Sie sollen wiederum eine Teuerungszulage und eine Erhöhung des Wohnungsgeldes erhalten. Ferner wird die Kammer die weitere Ausgestaltung der Demokratie durchzuführen haben. Hier kommt insbesondere in Betracht die Erneuerung der Gemeindeverwaltung und die Reform der Kreis- und Bezirksversammlungen. Auf allen Gebieten des ökonomischen und geistigen Lebens muß neu aufgebaut werden. Es sei nur aus der Fülle der Aufgaben an die Wohnungsfürsorge und allgemeine Wohlfahrtspflege erinnert, Gebiete, bei denen besonders auch auf die Mitarbeit der Frauen gerechnet wird. Daran werden sich die großen Probleme der Schul- und Jugendpflege reihen, ferner das Problem der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche. Aus der Fülle dieser Angelegenheiten sei es gestattet, nur eine noch im besonderen herauszuheben, nämlich die

Frage der wirtschaftlichen Sozialisierung.

Dabei wäre Ueberstürzung ebenso schädlich wie Verschleppung und ängstliche Rücksichtnahme auf private Sonderinteressen. Die vorläufige Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Bergwerke vorbereitet. Die schnelle Weiterförderung dieser Angelegenheit wird jedoch erschwert durch den im Reichsverfassungsentwurf erhobenen Anspruch, daß künftig die Gesetzgebung über den Bergbau dem Reiche zustehen soll. Die Regierung wird im Einvernehmen mit dem Reiche handeln müssen und zwar um so mehr, als das Reich bereits in Aussicht gestellt hat, den gesamten Kohlenbergbau durch umfassende reichsgesetzliche Regelung zu sozialisieren. Weiter aber steht die Regierung im Begriff, einen besonderen Sozialisierungsausschuß zu berufen, in dem neben Männern der Wissenschaft Fachleute der Praxis über diese wichtige und schwierige Frage beraten sollen. Redner schloß: Gehen Sie, meine Damen